

//PRESSEINFORMATION//

08/2022

Saarbrücken, 09.02.2022

GEW begrüßt Verlängerung der befristeten Corona-Stellen Mehr Planstellen für ein nachhaltiges Personalkonzept an saarländischen Schulen notwendig

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Saarland (GEW), begrüßt grundsätzlich die Weiterführung der pandemiebedingten zusätzlichen Lehrer:innenstellen. Für ein wirklich nachhaltiges Personalentwicklungskonzept braucht es jedoch vor allem neue Planstellen und den Ausbau der multiprofessionellen Teams. Daher unterstützt die Gewerkschaft, dass Bildungsministerin Streichert-Clivot zusätzliche Planstellen für 2023 anmeldet. Diese zusätzlichen Stellen müssen aber allen Schulformen zugutekommen und z.B. nicht einseitig für die geplante Einführung von G9 genutzt werden.

Pädagogische Arbeit ist vor allem Beziehungsarbeit. Dies lässt sich nicht mit befristeten Stellen bewerkstelligen. „Wir brauchen daher vor allem mehr Planstellen. Befristungen werden weder der Lebensplanung junger Pädagog:innen noch dem Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen gerecht,“ betont Birgit Jenni, Landesvorsitzende der GEW.

Angeichts der aktuellen Situation an den Schulen muss die Landesregierung endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und für eine den vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen angemessene Personalausstattung der Schulen sorgen. Bereits 2018 forderte die GEW mit der Gesamtlandeselternvertretung, der Landesschülervertretung und der Landeselterninitiative für Bildung in einer gemeinsamen Resolution insgesamt 400 Planstellen zusätzlich einzurichten, damit der steigende Bedarf an den Schulen gedeckt werden kann, qualitative Verbesserungen im Unterricht und bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte erreicht werden können.

„Unsere Schulen brauchen dringend mehr Fachpersonal für qualitative Schul- und Unterrichtsentwicklung, für die dafür notwendige Beratung und Fortbildung und für die Bewältigung der zusätzlichen Herausforderungen“, so Jenni weiter.

Durch zusätzliche Lehrer:innenstellen wäre auch es möglich den Klassenteiler zu senken. Damit wäre eine weitere langjährige Forderung der GEW endlich umgesetzt. Zahlreiche Studien belegen, dass in kleineren Klassen positive Effekte zu verzeichnen sind. Die Lehrer:innen können sich stärker einzelnen Schüler:innen zuwenden. Davon profitieren besonders benachteiligte Kinder. Schüler:innen nehmen häufiger aktiv am Unterricht teil und ihre Konzentration auf die Aufgaben nimmt zu. Zudem gehen Störungen des Unterrichts deutlich zurück. Positiv wirkt sich dies auch auf die Erhaltung der Gesundheit der Lehrkräfte aus, so könnten langfristig vermehrte Krankschreibungen und Frühpensionierungen zurückgehen, die aktuell den Mangel an Lehrkräften verschärfen.

Außerdem braucht es unbefristete Stellen für die Sprachförderlehrkräfte, die nach Abwicklung des Paritätischen Bildungswerks in den Landesdienst übernommen werden sollen. „Wir können nicht auf Fachkräfte im multiprofessionellen Team verzichten, die uns nachweislich an den Schulen entlasten. Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft“, bekräftigt Birgit Jenni.

Die Corona-Krise hat die Folgen der Unterfinanzierung des Bildungssystems im Saarland mehr als deutlich gemacht, daher sind weitere Mittel vom Bund und eine Co-Finanzierung durch das Land mehr als notwendig. „Wir fordern schon lange das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich fallen zu lassen. Eine nachhaltige Bildungsfinanzierung ist vom Land allein nicht zu stemmen,“ so Jenni abschließend. ■